Nummer 42 Hamburg, den 20. Oktober 1917 30. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit," Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum **Sonnabend** jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: **Montag mittag 1 Uhr.** Vereins-Anzeigen werden mit 30 ₰ für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet

Der Kampf um die Gewerkschaften.

„Gegen die Gewerkschaftsinstanzen ist innerhalb der Gewerkschaften vorzugehen durch Gewinnung der Leitungen. Ebenso gegen die sozialpatriotische Haltung der Gewerkschaftspresse."

(Aus den Leitsätzen des Rechtsanwalts Dr. Herzfeld für die Reichskonferenz der Parteiopposition am Anfang dieses Jahres.)

I.

Als am Anfang dieses Jahres die drei Oppositionsgruppen in der sozialdemokratischen Partei eine eigene Reichskonferenz einberiefen und auch sonst alle Maßnahmen trafen, die zur Parteispaltung führen mußten, war es klar, daß damit auch der Kampf dieser Gruppen um die Gewerkschaften beginnen werde. Wenn dieser Kampf Erfolg hätte, könnte er nach Lage der Sache nur zu der gleichen Zerrüttung und Zersplitterung der Gewerkschaften führen, wie wir sie zu unserer größten Betrübnis bei der politischen Arbeiterbewegung sehen. Für die Gewerkschaften wäre aber, angesichts der nach dem Krieg zu erwartenden Kämpfe, eine Zerrüttung und Zersplitterung um ein Vielfaches gefährlicher und für die Arbeiter verderbenbringender, als die Zerrüttung der sozialdemokratischen Partei. Darum muß es Aufgabe eines jeden verständigen Gewerkschafters sein, der Zerrüttung unserer Gewerkschaften von vornherein mit aller Kraft entgegenzuwirken.

Die Macht der Gewerkschaften beruht auf ihrer Einheitlichkeit und darauf, daß sie zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter die Angehörigen einer Berufs- oder Industriegruppe ohne Rücksicht auf ihre politischen und religiösen Ansichten umfassen. Bis zum Kriege haben denn auch in den freien Gewerkschaften die Anhänger der verschiedensten Religionsbekenntnisse und politischen Parteien zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen einträchtig zusammengewirkt. Diese Gewerkschaften sahen zwar im allgemeinen in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung, waren aber niemals auf deren politisches Programm eingeschworen und empfingen auch niemals von der Partei ihre Direktiven. Sie waren in ihrem Tun und Lassen völlig unabhängig und ihren Mitgliedern gegenüber neutral. Für ihr Handeln war lediglich das Interesse ihrer Mitglieder maßgebend.

Das soll jetzt, wenn es nach den Wünschen sogenannter „radikaler" Politiker ginge, anders werden. Man möchte die Gewerkschaften politisieren, ihnen den Willen der „Unabhängigen" aufzwingen und sie am liebsten zu einem Anhängsel dieser Parteigruppe machen. Der an der Spitze dieses Artikels wiedergegebene Satz des seinerzeitigen Arbeitsgemeinschafters Herzfeld ist nicht nur dessen Privatansichauung; seine Auffassung wird in weiten Kreisen der „Unabhängigen" geteilt. Besonders ist das bei den Akademikern und sonstigen Intellektuellen der Fall, die nach der geistigen und politischen Macht über die Arbeiter streben, und denen jedenfalls die Zerrüttung der Gewerkschaften persönlich ebensowenig schadet wie dem Millionär Dr. Herzfeld. Die gleiche Forderung, wie er, hat auf der genannten Reichskonferenz die Spartakusgruppe gestellt. In einer von ihr vorgelegten Resolution wird gefordert:

„Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften. Zu diesem Zweck Zusammenfassung der aufseiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder."

Auch die Gruppe der Internationalen Sozialisten Deutschlands hatte auf der Konferenz eine Resolution eingebracht, in der folgender Satz vorkam:

„Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften. Zu diesem Zweck Organisierung der aufseiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder und Schaffung eines speziellen Gewerkschaftsorgans."

Der Wille, den Kampf gegen die „Gewerkschaftsinstanzen", das heißt gegen die bisherige Gewerkschaftspolitik, aufzunehmen, war also schon vor der formellen Gründung der neuen „Unabhängigen"partei vorhanden. Und dieser Wille wurde in einzelnen Orten auch alsbald in die Tat umgesetzt. In Berlin tauchte ein entlassener Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes auf, der im Sinne der obigen Forderungen „arbeitete". In Braunschweig führten Sepp Oerter, Thalheimer und der inzwischen ausgerissene Redakteur Minster die Arbeiter zum „Kampf gegen die Instanzen", und auch in einigen andern Orten wirkten eingelne Leute in der gleichen Richtung. Aber da zeigte es sich, daß die Arbeiter im allgemeinen mehr Sinn für die Notwendigkeit starker und unerschütterter Gewerkschaften haben und diese nicht so leicht preisgeben, wie manche Leute sich dachten. Die Zerstörer wurden überall zurückgewiesen. Sie gingen zum Teil auch so tölpelhaft vor, daß selbst die oppositionellsten Gewerkschaftsmitglieder von ihnen abrückten. So jener Mensch, der seinerzeit im Braunschweiger „Volksfreund" die Einstellung der Beitragszahlung in den Gewerkschaften forderte. Es war klar: auf diesem Wege und mit solchen Mitteln konnte man den „Gewerkschaftsinstanzen" nicht beikommen. Man mußte es mit andern, feineren Mitteln versuchen, wollte man die Gewerkschaften in die eigenen Hände bekommen.

Ein solcher Versuch wurde — und wird noch immer — in Leipzig gemacht. Auch in einigen andern Städten wird noch fortgesetzt im Sinne der obigen Forderungen gearbeitet; wir wollen uns aber hier auf die Besprechung der Leipziger Vorgänge beschränken; denn diese sind typisch für den Geist und die Bestrebungen der „Unabhängigen". In Leipzig wird auch die neue „Gewerkschaftsbücherei" herausgegeben, die ebenfalls dem Kampf gegen die Politik der Gewerkschaften dienen soll und mit deren Herausgabe in gewissem Sinne und bis zu einem gewissen Grade der Wunsch der Internationalen Sozialisten Deutschlands auf Schaffung eines besonderen Gewerkschaftsorgans erfüllt wird.

Wir haben oben bereits erklärt, daß sich „radikale" Politiker erlauben, in die Selbständigkeit der Gewerkschaften einzugreifen und ihnen den Willen der „Unabhängigen" aufzuzwingen. Hier der Beweis: Eine Funktionärversammlung der „Unabhängigen" für mehrere sächsische Reichstagswahlkreise hat vor einiger Zeit einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„daß gemeinsamen Ausschüssen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und des Leipziger Gewerkschaftskartells wie der Genossenschaften nur solche Personen als Mitglieder angehören können, die gewerkschaftlich und in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei politisch organisiert sind. Das Zusammenarbeiten mit Personen, die nicht in der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei organisiert sind, lehnt die Parteiversammlung ab."

Diese „Unabhängigen"versammlung maßt sich also das Recht an, den Leipziger Gewerkschaften vorzuschreiben, wen sie in bestimmte Ausschüsse entsenden sollen. Sie erlaubt ihnen nur die Wahl von Leuten, die in der Partei der „Unabhängigen" organisiert sind und erklärt die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und alle sonstigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für minderen Rechts und als Gewerkschaftsmitglieder zweiter Klasse. Dieser Beschluß widerspricht den Statuten wohl aller Gewerkschaften; er ist ein so skandalöser Eingriff in die Selbständigkeit und die Rechte der Gewerkschaften, daß sich die Leipziger Arbeiter sicher wie ein Mann dagegen erhoben hätten, wenn sie nicht von der „Leipziger Volkszeitung" seit Jahren in gewissenlosester Weise gegen die Gewerkschaftsleitungen wie gegen die sozialdemokratische Partei Deutschlands aufgehetzt und bis zum Halse mit Empörung angefüllt worden wären. So aber steht leider ein großer Teil der Leipziger Arbeiter dermaßen unter dem Banne dieses Blattes, daß ihnen das Unwürdige der „unabhängigen" Zumutung gar nicht zum Bewußtsein kommt. Zwar hat das Leipziger Gewerkschaftskartell am 13. September gegen diese Zumutung Stellung genommen und bei mehreren Stimmenthaltungen folgende Erklärung beschlossen:

„Die vom Gewerkschaftskartell an die gemeinsamen Einrichtungen (Bildungsinstitut, Maifonds usw.) abzuführenden Mittel werden den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder entnommen, es sind demnach ausschließlich Gewerkschaftsgelder. Die persönliche politische Auffassung des einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes kommt weder bei Aufnahme in die Organisation, noch bei der Beitragsleistung in Betracht. Daher sind auch die in die gemeinsamen Ausschüsse entsandten Kartellvertreter ausschließlich Gewerkschaftsvertreter, niemals aber Vertreter einer bestimmten parteipolitischen Richtung. Darüber, wen das Kartell als Vertreter in die gemeinsamen Ausschüsse entsenden will, hat es selbständig, unbeeinflußt von außerhalb des Kartells stehenden Organisationen und nach rein gewerkschaftlichen Grundsätzen zu entscheiden. Aus diesem Grunde lehnt das Kartell das Verlangen ab, nur solche Vertreter zu entsenden, die einer bestimmten Parteirichtung angehören."

Aber mehrere Gewerkschaften sind an diesem Beschluß nicht beteiligt. Sie sind aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell ausgetreten und haben damit vielleicht den ersten Schritt zur Spaltung der Leipziger Gewerkschaften, wenn nicht zur Spaltung der Gewerkschaften überhaupt, getan. Denn ihrem Austritt soll die Gründung eines „unabhängigen" Gewerkschaftskartells folgen, das ein „unabhängiges" Arbeitersekretariat gründen und einen „unabhängigen" Arbeitersekretär zur Auskunfterteilung anstellen soll. In einem Falle haben die „Unabhängigen" bereits einen gewerkschaftlichen Funktionär, dessen politische Anschauung nicht der ihren entsprach, aus einer Sitzung hinausgewiesen. Das ist die Freiheit und „Neutralität" der Gewerkschaften, wie die Unabhängigen sie verstehen!

Die Gewerkschaftskonferenz in Bern.

Auf der Konferenz waren außer den Gewerkschaftsvertretern der Mittelmächte nur die Skandinavier, Holländer und Schweizer anwesend. Die französische und die italienische Regierung hatten den Gewerkschaftsvertretern dieser Länder die Pässe verweigert. Sie fürchten offenbar, daß die Arbeiter dieser Länder vom Friedensfieber angesteckt werden könnten, wenn sie mit den gefürchteten Deutschen auf einen Augenblick zusammenkämen. Die britischen Gewerkschaften hatten einen beleidigenden Brief geschickt, in dem sie es ablehnten, zusammen mit den Deutschen zu tagen, solange die deutschen Armeen noch im besetzten Gebiet stehen. Deutschland habe den Krieg zu Eroberungszwecken begonnen und das Haager Abkommen durch den Unterseebootkrieg, Versenkung von Hospitalschiffen und durch andere Grausamkeiten verletzt.

Dieser Brief und die Paßverweigerung gaben zu einer politischen Aussprache Anlaß, die vorher nicht vorgesehen war. Bauer von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften wies die Vorwürfe der Engländer ruhig, aber entschieden zurück. Deutschland führe noch heute den Krieg nicht um Eroberungen willen, sondern zur Verteidigung seines Bodens. Ein Friede ohne Annexionen und Vergewaltigungen könne jederzeit geschlossen werden, wenn die Entente auch auf die Vergewaltigungen verzichten wolle. Das tue sie aber nicht und würde darin leider bis jetzt noch von den Sozialisten der Ententestaaten unterstützt. Die deutschen Gewerkschaften müßten es ablehnen, die militärische Verteidigungskraft Deutschlands zu lähmen, während die Ententesozialisten die Eroberungssucht ihrer chauvinistischen Regierungen unterstützen. — Eine aus vier Neutralen und drei Vertretern der Mittelmächte bestehende Kommission legte folgende Resolution über die Stellungnahme der Konferenz zu dem englischen Schreiben vor:

„Die internationale Konferenz bedauert sehr, daß es den Vertretern der französischen Gewerkschaften durch ihre Regierung unmöglich gemacht wurde, in Bern zu erscheinen. Sie nimmt Kenntnis von dem Schreiben der britischen Gewerkschaftszentrale, wodurch diese das Fernbleiben ihrer Vertreter begründet. Die Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz erscheint ihr unverständlich, weil sie im Widerspruch steht mit den Bundesbestrebungen und Zielen der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die Konferenz betrachtet sich nicht als zuständig, über die Frage der Mitschuld der Völker und ihrer Regierungen am Kriege und dessen Begleiterscheinungen zu urteilen. Sie geht deshalb vom Schreiben der britischen Gewerkschaftszentrale zur Tagesordnung über, indem sie dem heißen Wunsche Ausdruck gibt, es möchten in allen Ländern Führer und Massen des organisierten Proletariats mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf einen baldigen Friedensschluß hinwirken."

Diese Resolution wurde nach längerer Debatte mit allen gegen die Stimmen der Ungarn angenommen, die eine eigene Resolution mit einer stärkeren Betonung der not-

wendigen Friedensaktion auf der Grundlage des Klassenkampfes forderten. Ihre Resolution wurde abgelehnt. Der schwedische Delegierte Lindquist hatte namens der gesamten skandinavischen Delegation die angenommene Resolution empfohlen, hätte aber gewünscht, daß das Mißvergnügen der Konferenz über das Fernbleiben der Amerikaner schärfer zum Ausdruck gelangt wäre.

Die Konferenz verhandelte dann über die von den Gewerkschaften der Ententeländer wiederholt geforderte Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Schweizer hatten sich diesen Wunsch zu eigen gemacht. Sie begründeten den Antrag auf Verlegung damit, daß im Falle des Bleibens des Sitzes in Berlin eine Spaltung in der internationalen Gewerkschaftsorganisation eintreten könnte. Die Kommission, die diese Frage prüfte, schlug dagegen folgende, von dem Dänen Hansen begründete Resolution vor:

„Die Konferenz lehnt die Frage der Verlegung des Sitzes grundsätzlich nicht ab. Die Umstände, unter welchen die Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes verlangt wird, sowie die Abwesenheit des ursprünglichen Antragstellers selbst veranlassen jedoch die Konferenz, die Beschlußfassung über eine so wichtige Frage der Organisation zu vertagen und der nächsten Konferenz vorzulegen. Um aber die internationale Verbindung unter den dem Bund angeschlossenen Landesorganisationen aufrechtzuerhalten, bestätigt die Konferenz die Zweigstelle in Amsterdam und beauftragt sie, die bisherige Vermittlungsarbeit fortzusetzen und auszubauen. Die Konferenz erwartet weiter, daß die Landesorganisationen alles daran setzen, daß heute noch vorherrschende Differenzen, die nur durch den Krieg entstanden sind, sobald als möglich beseitigt werden und Einigkeit herbeigeführt wird."

Diese Entschließung wurde mit allen gegen die Stimmen der Schweizer angenommen. In der Erörterung über diese Resolution erklärte unter anderm der Holländer Fimmen, die Engländer und Amerikaner würden auch dann nicht kommen, wenn der Sitz in ein neutrales Land verlegt sein würde, sie hätten schon immer eine nur sehr bedingte Zugehörigkeit zur Internationale gezeigt, dagegen habe Jouhaux, der Führer der französischen Gewerkschafter, sich bereiterklärt, an einem Gewerkschaftskongreß teilzunehmen, ohne die Schuldfrage zu erörtern und sich lediglich auf die eigentlichen Gewerkschaftsfragen zu beschränken. Die Verlegung des Sitzes würde einem Mißtrauensvotum gegenüber den Deutschen gleichkommen, das die neutralen Gewerkschaften nicht wünschen, da sie mit der Leitung durch die Deutschen vollständig zufrieden seien. Der schweizerische Nationalrat Greulich erklärte, er könne die Haltung der deutschen Gewerkschafter ihrer Regierung gegenüber nicht verstehen; man müsse auf die Empfindlichkeit der Ententegewerkschafter Rücksicht nehmen, die nun einmal das Vorgehen Deutschlands gegen Belgien nicht verschmerzen könnten. Die Deutschen sollten freiwillig auf die Geschäftsführung verzichten und der jetzigen Zweigstelle in Amsterdam die provisorische Leitung übertragen, bis ein neuer Kongreß die Frage endgültig regeln werde. Brey wandte sich energisch gegen Greulich, dem er vorwarf, daß er die Gegensätze verschärfe, statt daß er helfe, sie zu mildern. Wenn Greulich behaupte, die deutschen Sozialisten hätten ihren Standpunkt in der Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft gegenüber der Regierung während des Krieges geändert, so brauche er sich nur an die deutsche Regierung zu wenden, um zu erfahren, daß dies falsch sei. Die deutschen Gewerkschafter hätten immer wieder ihren Klassengenossen in den Ententeländern die Hand entgegengestreckt; diese hätten nicht nur darauf gehauen, sondern sogar hineingespuckt. Die Geduld der deutschen Arbeiter habe auch einmal ein Ende. Der Oesterreicher Hueber wies darauf hin, daß, obwohl in Stockholm Branting und andere ententefreundliche Sozialisten die Vorbereitung zur Konferenz in der Hand gehabt hätten, die Ententevertreter doch nicht gekommen seien, wohl aber seien die Scheidemänner erschienen.

Zur Besprechung des wichtigsten Punktes der Konferenz, den gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag, kam es erst am vierten Sitzungstage. Jansson, Berlin, begründete die vom Internationalen Gewerkschaftsbund vorgelegten Forderungen. In diesen Forderungen wird an die Regierungen der kriegführenden Völker das Ersuchen gerichtet, der Arbeiterklasse im Friedensvertrage ein Mindestmaß von Schutz und Rechten zu sichern, das in allen Ländern durchgeführt werden soll. Es sollen in den Friedensvertrag Bestimmungen zur Sicherung der Freizügigkeit, des Koalitionsrechts und zur Durchführung des Arbeiterschutzes aufgenommen werden. Die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Basel soll im Friedensvertrag ausdrücklich als Organ zur Durchführung und Förderung des internationalen Arbeiterschutzes anerkannt werden. Das von ihr unterhaltene internationale Arbeitsamt soll alles sozialpolitische Material sammeln und in den drei Hauptsprachen herausgeben. — Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund vorgelegten Leitsätze wurden von der Konferenz mit geringen Aenderungen einstimmig angenommen. Die Konferenz sprach die Erwartung aus, daß die Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder zur Festsetzung des sozialpolitischen Teiles der Friedensvereinbarungen auch Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes zuziehen würden.

Damit waren die Geschäfte der Konferenz beendet. Präsident Schneeberger stellte fest, daß die Konferenz nützliche Arbeit geleistet habe; wenn es auch vorläufig nicht gelungen sei, wieder die ganze Internationale zusammenzubringen, sei doch ein Schritt auf diesem Wege gemacht worden, so daß in absehbarer Zeit eine vollständige Vereinigung erzielt werden könne. Legien gab hierauf folgende Erklärung ab:

„Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Weigerung, heute einer Sitzverlegung zuzustimmen, nicht so aufgefaßt werden dürfe, daß sie unter allen Umständen den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt worden ist, daß die Sitzverlegung gleichbedeutend mit einem Mißtrauensvotum gegen Deutschland sei. Der Internationale Gewerkschaftsbund kann nur erhalten werden, wenn volles Vertrauen aller Landeszentralen zueinander vorhanden ist. Sobald sämtliche Landeszentralen bereit sind, zu einer Konferenz zusammenzutreten, sind die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über eine Sitzverlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln."

Die Konferenz beschloß sodann einstimmig, folgendes Telegramm an die italienischen und französischen Gewerkschaften abzusenden:

„Sämtliche Delegierten der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern senden den Genossen der französischen und italienischen Landeszentralen ihren brüderlichen Gruß. Sie sprechen besonders den französischen Gewerkschaften ihre Anerkennung aus für ihre Bereitwilligkeit, die internationale Konferenz zu beschicken, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß Vertreter der französischen und italienischen Landeszentralen an der nächstfolgenden internationalen Konferenz teilnehmen werden, damit der Antrag auf Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes dann zur Behandlung und Erledigung komme und der Internationale Gewerkschaftsbund machtvoller als je im Interesse der Arbeiter aller Länder seine Arbeit fortführen kann."

Nachdem Legien den Schweizern für ihr Bemühen, eine Verständigung aller Landeszeitralen herbeizuführen, gedankt hatte, schloß Präsident Schneeberger die Konferenz.

Unser Verhältnis zum Deutschen Polierbund.

Vor einigen Wochen haben wir mitgeteilt, daß der Deutsche Polierbund seit einiger Zeit sich bemühe, mit den Bauarbeiterorganisationen in ein besseres Verhältnis zu kommen, und daß wir hofften, demnächst über die Erfolge dieser Bemühungen näheres mitteilen zu können. Diese Zeit ist jetzt gekommen. Zwischen dem Deutschen Polierbund, unserm Verband und dem Verbande der christlichen Bauarbeiter Deutschlands ist am 24. September ein Kartellvertrag abgeschlossen worden, der in dem Verhältnis zwischen Polieren, Gesellen und Hilfsarbeitern einen neuen Zeitabschnitt einzuleiten geeignet ist. Poliere und Gesellen gehörten ja ursprünglich zusammen. Die Poliere sind immer aus dem Stande der Gesellen hervorgegangen. Sie sind lange Zeit die Vertrauensleute, die „Parlierer" oder Sprecher der Gesellen gewesen. Sie sind das gewesen auf Grund der besonderen beruflichen Tüchtigkeit, die sie vor andern Gesellen auszeichnete. Im kapitalistischen Zeitalter ist das allmählich anders geworden. Die Poliere wurden mehr und mehr Vertrauensleute der Unternehmer, die von ihnen die rücksichtslose Vertretung ihrer Interessen verlangten. Damit trat allmählich zwischen Polieren und Bauarbeitern ein Gegensatz ein, der zu vielen Reibereien und Zwisten führte und der weder den Polieren noch den Bauarbeitern zustatten kam. Ueberall war das allerdings nicht der Fall, und es gibt zum Glück heute noch viele Orte, wo das Verhältnis zwischen Polieren und Gesellen ziemlich harmonisch ist.

Im Laufe der Zeit haben sich die Poliere eine eigene Berufsorganisation geschaffen, wie wir dies vor einigen Wochen schon dargelegt haben. Sie haben damit begonnen, ihre wirtschaftlichen Interessen selbst zu vertreten. Mit den Arbeiterorganisationen hat der Polierbund lange Jahre keine Fühlung gehabt. Erst in neuerer Zeit hat man im Lager der Poliere eingesehen, daß die Kampfstellung zwischen Polieren und Gesellen beziehungsweise Hilfsarbeitern nicht am Platze sei, sondern daß die beiden Gruppen den Unternehmern gegenüber bis zu einem gewissen Grade gemeinsame Interessen haben. Ganz abgesehen davon, daß die Poliere auch heute noch aus den Reihen der Gesellen und Hilfsarbeiter hervorgehen und sehr oft auch wieder dahin zurückkehren, sind beide Gruppen gezwungen, ihre Arbeitskraft den Unternehmern zu verkaufen. Dabei läßt sich nicht leugnen, daß die Höhe der Gesellenlöhne auf die Höhe der Polierlöhne oder -gehälter zurückwirkt. Auch hinsichtlich des Arbeiterschutzes haben die Poliere das gleiche Interesse wie die Bauarbeiter.

Diese Erkenntnis, dazu wohl auch die Unzufriedenheit, die bei den Polieren über das mangelnde Entgegenkommen der Unternehmer in bezug auf verschiedene Wünsche herrscht, hat nun den Polierbund schon vor längerer Zeit veranlaßt, mit den Arbeiterverbänden Fühlung zu nehmen und auf den Abschluß eines Kartellvertrages hinzuwirken. Nach mehrmaligen Verhandlungen, nachdem ferner ein außerordentlicher Delegiertentag des Polierbundes dazu Stellung genommen und auch eine Konferenz unseres Verbandsbeirates sich mit dieser Sache beschäftigt hatte, ist dieser Kartellvertrag nunmehr zwischen dem Polierbund, unserm Verband und dem Verbande der christlichen Bauarbeiter abgeschlossen worden. Der Vorstand des Zimmererverbandes steht ebenfalls auf dem Boden des Vertrages, will aber vor seiner Unterzeichnung erst die Genehmigung einer Generalversammlung einholen.

Der Vertrag gilt vorläufig auf ein Jahr. In dem Vertrag erkennt der Polierbund die Arbeiterorganisationen als notwendige Interessenvertretungen der Arbeiter an und erklärt, daß er in keinem allgemeinen Gegensatz zu ihnen stehe. Die Bauarbeiterverbände hingegen erkennen den Deutschen Polierbund als zuständige Organisation der Poliere an. Als Polier kann nur gelten, wer mindestens ein Jahr lang in aufsichtführender und verantwortlicher Stellung tätig gewesen ist. Wenn solche Personen dem Polierbund beitreten wollen, dürfen sie von den Arbeiterorganisationen daran nicht gehindert werden. Dagegen darf der Polierbund den freiwilligen Wiedereintritt in die Arbeiterverbände dann nicht hindern wenn ein ehemaliger Polier wieder ein Jahr lang als Geselle oder Hilfsarbeiter beschäftigt war. Die Mitglieder der beiderseitigen Organisationen sollen sich stets achtungswürdig begegnen und etwaige Meinungsverschiedenheiten, wenn sie ausgesprochen werden müssen, mit ruhiger Sachlichkeit zu klären versuchen. Die Poliere sollen die Baudelegierten als Vertrauensmänner der Arbeiter anerkennen, ihre Beschwerden entgegennehmen und die Durchführbarkeit ihrer Anregungen gemeinsam mit ihnen in sachlicher Weise erörtern. Eine Maßregelung von Gesellen und Arbeitern, die sich der Durchführung des Arbeiterschutzes, der Tarifverträge oder der Regelung von Organisationsfragen in ordnungsmäßiger Weise annehmen, darf nicht stattfinden. Für den Fall von Lohnkämpfen haben die Vertragschließenden eine freundschaftliche Neutralität vereinbart. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten sollen die Vorstände der örtlichen Organisationen zur Schlichtung der Streitfragen angerufen und im Falle der Nichterledigung die Beschwerden an die Zentralvorstände zur Entscheidung weitergeleitet werden.

Dies das Wesentlichste des Vertragsinhalts. Der Vertrag selbst geht den Vorständen der Zweigvereine, in deren Gebiet der Polierbund Mitgliedschaften hat, in diesen Tagen zu. Von unsern Mitgliedern erwarten wir, daß sie im Sinne dieses Vertrages arbeiten. Der Nutzen für unsere Organisation dürfte dann nicht ausbleiben.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Ergebnis der Feststellung vom 8. Oktober.

Aus dem Bezirk Bremen ist der Bericht nicht eingetroffen. Die ohne diesen Bezirk erfaßten 767 Zweigvereine hatten unter 80 062 Mitgliedern **79** Arbeitslose; das sind auf das Hundert berechnet **0,10** gegenüber 58 Arbeitslosen oder vom Mitgliederhundert 0,07 am vorigen Zähltage. Die damals begonnene Zunahme hat somit etwas verstärkt angehalten.

39 Arbeitslose oder vom Hundert der Mitglieder **0,05** empfingen Arbeitslosenunterstützung; in der Vorwoche 26 oder vom Hundert 0,03. Auch hier hielt die Zunahme an.

Bezirk	Zahl der Zweigvereine	Davon haben berichtet	In den berichtenden Zweigvereinen: betrug die Mitgliederzahl am Schlusse der abgelaufenen Woche	In den berichtenden Zweigvereinen: erhielten in d. abgelaufenen Woche Arbeitslosenunterstützung	In den berichtenden Zweigvereinen waren am Feststellungstage arbeitslos: Maurer	Hilfsarbeiter	Betongruppe	Stuckgruppe	Fliesenleger	Isolierer	Erdarbeiter	Insgesamt
1. Königsberg	21	21	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Bromberg.	31	31	1496	1	4	3	—	—	—	—	—	7
3. Stettin ...	51	51	1385	2	3	—	—	—	—	—	—	3
4. Breslau.	55	55	3252	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Berlin	74	74	9129	20	13	—	1	6	1	—	—	21
6. Magdebg..	83	83	8841	1	5	—	—	—	—	—	—	5
7. Erfurt	42	42	2118	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Frankfurt	15	15	5982	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Cöln ..	16	16	7663	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Dortmund.	17	17	2306	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Hannover .	45	45	2840	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12. Bremen ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13. Hamburg	69	69	5351	3	2	2	—	1	—	—	—	5
14. Rostock ...	62	62	1658	1	3	—	—	—	—	—	—	3
15. Dresden ..	16	16	7242	2	—	1	—	3	—	—	—	4
16. Leipzig .	79	79	7969	4	7	1	1	6	1	—	—	16
17. Nürnberg .	26	26	2848	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18. München..	35	35	3618	5	11	2	2	—	—	—	—	15
19. Stuttgart .	8	8	1349	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20. Karlsruhe.	16	16	2967	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21. Straßburg	6	6	143	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen ...	767	767	80062	39	48	9	4	16	2	—	—	79

Berichte.

Essen a. d. Ruhr. (Bericht vom dritten Quartal.) Wiederum ist ein Quartal beendet, und Essen steht noch immer im Zeichen der Kriegsproduktion. Fieberhaft wird bei Krupp gearbeitet. Noch immer werden neue Fabrikgebäude errichtet. Um die herangezogenen Arbeitermassen unterzubringen, baut man große Barackenstädte. Diese sind teilweise so groß angelegt, daß zum Beispiel in den Barackenbauten an der Hammer Straße bis zu 15 000 Arbeiter Unterkunft finden können. Um die notwendigen Bauarbeiten zu meistern, sind wohl fast 3000 Bauarbeiter bei der Firma beschäftigt. Recht viele von diesen kommen aber für die Organisation nicht in Frage, weil es Internierte oder Gefangene sind. Immerhin hat aber unser Zweigverein auch im Berichtsquartal wieder Fortschritte gemacht. Auf einzelnen Baustellen wurde überaus rührig für den Verband gearbeitet, und fast überall gelang es, das Baudelegiertensystem auszubauen. Darauf sind, trotz der recht schwierigen Agitation, die Erfolge zurückzuführen. Während wir im zweiten Quartal 355 Neueintretende musterten, gelang es im dritten Quartal, dem Verbande 232 neue Streiter zuzuführen. Die Mitgliederzahl, die am 1. April d. J. 450 und am 1. Juli 801 betrug, stieg bis Ende des Quartals auf 1011. Entsprechend stieg auch der Verkauf der Beitragsmarken. Im ersten Quartal wurden 4189, im zweiten 8800 und im dritten 11 413 Vollmarken umgesetzt. In unserm vorigen Quartalsbericht meldeten wir, daß damals in den Stuckgeschäften die 15 ₰ Teuerungszulage noch nicht bezahlt wurden. Jetzt können wir mitteilen, daß auch hier

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6 mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln gerd gutt KG otto hahn straße 21 postfach 410249 4400 münster roxel

seit Anfang August die volle Zulage gewährt wird. Den Fliesenlegern gelang es, ihren Ende September ablaufenden Vertrag zu verlängern und eine Lohnerhöhung zu erzielen. Auf die bestehenden Akkordsätze werden vom 1. Oktober an 25 pZt., vom 1. Januar 1918 an 30 pZt. Zuschlag gezahlt. Der Stundenlohn erhöht sich um 1. Oktober auf ℳ 1,25 und am 1. Dezember auf ℳ 1,30. Damit ist dann der Stundenlohn, der im Bezirk immer noch unterschiedlich war, gleich. Die tägliche Auslösung wurde allgemein erhöht. Sie beträgt jetzt: für die erste Zone anstatt ℳ 1,20 ℳ 1,60, für die zweite Zone wurde die Zulage von ℳ 1,50 auf ℳ 2 erhöht, und für die dritte Zone werden jetzt statt ℳ 3 ℳ 6 bezahlt. Auch die Firma Krupp gab ihrem Herzen einen Stoß. Ende August legte man im Baufach, in dem die meisten Maurer der Firma arbeiten, 5 pZt. zu. Das heißt, auf den Maurerstundenlohn, der 80 ₰ beträgt, werden nicht mehr 10, sondern 15 pZt. gezahlt, so daß augenblicklich 92 ₰ zur Auszahlung gelangen, was dem Essener Tariflohn entspricht. Bis jetzt hat sich die Firma noch nicht dazu aufgeschwungen, die tariflichen Zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit zu zahlen. Augenblicklich schweben zwischen dem Arbeiterausschuß und der Firma Verhandlungen; hoffentlich sind wir in der Lage, im Bericht für das kommende Quartal zu melden, daß die Firma dem Tarif für das Baugewerbe beitritt. (?) Wie die Organisation eine Lohnbewegung günstig beeinflussen kann, war auch im Tiefbaugeschäft Beermann zu merken. In diesem Frühjahr wurde hier noch ein Stundenlohn von 59 ₰ gezahlt. Die Kollegen, es handelt sich um Erdarbeiter, schlossen sich, leider noch nicht in ihrer Gesamtheit, dem Verbande an, und es gelang, einen Stundenlohn von 78 ₰ zu erzielen. Die Bewegung ist noch nicht abgeschlossen. Nach ihrer Beendigung werden wir weiter berichten. Hoffentlich ziehen hieraus die Erdarbeiter die Lehre, daß nur die Organisation ihnen helfen kann, und daß das Errungene nur dann von Bestand ist, wenn sie sich samt und sonders dem Verbande anschließen. Einen großen Uebelstand, den wir schon in Nr. 41 des „Grundstein" geißelten, können wir auch hier nicht übergehen. Verschiedene Unternehmer haben, trotzdem sie schon im Vorjahre einen höheren Lohn zahlten, bei der diesjährigen Teuerungszulage nicht 15 ₰ für die Stunde gezahlt, sondern nur die Differenz bis zum Tariflohn ausgeglichen. In machen Fällen macht nun die Stundenlohnerhöhung nur 2 ₰ aus, während dem Reiche 15 ₰ angerechnet werden. Die Tarifinstanzen werden sich noch mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Besser ist es aber, wenn bei den künftigen zentralen Verhandlungen klar ausgesprochen wird, daß für die Kollegen, die, weil sie bei den heutigen Verhältnissen nicht am Wohnsitz ihrer Familie arbeiten können und somit einen doppelten Haushalt führen müssen, Auslösungen überall nicht angerechnet werden dürfen, und der Unternehmer nur das vom Reiche erstattet bekommt, was er in Wirklichkeit nach dem angesetzten Termin mehr zahlt. Die Kassenverhältnisse sind zufriedenstellend. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von ℳ 7752,65. Davon konnten ℳ 6743,65 abgesandt werden. Die Einnahme der Lokalkasse betrug, einschließlich des Kassenbestandes vom Vorquartal, ℳ 23 242,95. Da die Ausgabe ℳ 3630,07 betrug, verbleibt ein Bestand von ℳ 19 612,88. — Wir glauben, daß wir mit einer gewissen Befriedigung auf den Verlauf des Quartals zurückblicken können. Viel bleibt uns jedoch noch zu tun übrig. Hunderte Indifferente müssen in unserm Gebiet noch für den Verband gewonnen werden. Je stärker unsere Organisation, je höher die Achtung bei Freund und Feind, und je steifer unser Rückgrat im Kampfe für die Interessen unserer Mitglieder! Indem wir allen Kollegen, die uns in der Agitation hilfreich zur Seite standen, hiermit unsern herzlichsten Dank aussprechen, erwarten wir für die Zukunft von allen Mitgliedern tatkräftige Unterstützung; denn nur so ist es möglich, unsere Organisation als Machtfaktor zu erhalten und weiter auszubauen!

Waldenburg. Am 7. Oktober fand für die Mitglieder unseres Zweigvereins eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Vorstand gab den Quartalsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß trotz der geringen Bautätigkeit im Zweigvereinsgebiet auch im dritten Quartal wieder 13 neue Mitglieder gewonnen wurden (im zweiten Quartal waren es 25), so daß trotz immerwährender Einziehungen zum Heeresdienst die Zahl der Mitglieder in diesem Jahr von 94 auf 125 gestiegen ist. Des weiteren nahmen die Kollegen Stellung zu der fortgesetzten Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel. Es sei, so wurde erklärt, mit den jetzt gezahlten Löhnen beim besten Willen nicht mehr auszukommen. Alle Artikel seien durchschnittlich um mindestens 200 pZt. im Preise gestiegen, unser Lohn aber nur um 50 pZt. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, eine neue Teuerungszulage von 50 ₰ die Stunde zu fordern. Der Zweigvereinsvorstand wurde beauftragt, diesen Beschluß dem Verbandsvorstand zu unterbreiten und ihn zu ersuchen, seinerseits alles daranzusetzen, um noch vor dem Winter den Kollegen zu einer Zulage zu verhelfen. Mit Entrüstung nahm die Versammlung von dem ablehnenden Verhalten des Arbeitgeberverbandes, in Verhandlungen einzutreten, Kenntnis. Ferner wurde bitter Klage geführt, daß die Bauarbeiter keine Schwerarbeiter-Zusatzmarken bekommen, da gerade sie am meisten unter der jetzt kommenden Kälte und der Witterung zu leiden haben und der Körper dementsprechend mehr Nahrung haben müsse. Auch dieserhalb wurde der Vorstand beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen, um eine Besserung herbeizuführen. Mit dem Gelöbnis, alles einzusetzen, um auch den letzten Unorganisierten der Organisation zuzuführen, schloß die würdig verlaufene Versammlung.

Um neue Teuerungszulagen.

Das Reichsamt des Innern kann zurzeit nicht weiter vermitteln!

Nachdem der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe Verhandlungen über die Gewährung einer weiteren Teuerungszulage rundweg abgelehnt hatte, haben sich die drei am Vertrage beteiligten Arbeiterverbände zwecks Vermittlung wieder an das Reichsamt des Innern gewandt. Das war der nächste Weg, nachdem der Vertreter der Reichsregierung bei den letzten Verhandlungen anerkannt hatte, daß es nicht tarifwidrig sei, wenn sich die Zentralvorstände der Arbeiterverbände bei einer weiteren Zunahme der Teuerung beim Arbeitgeberbund oder beim Reichsamt des Innern um die Erhöhung der Teuerungszulage bemühten. Nun ist bei unserm Verbandsvorstand folgendes vom 5. Oktober datiertes Schreiben des Reichsamts des Innern eingelaufen:

Der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Architekt Behrens, hat mir in einer Unterredung, zu der er sich kürzlich — und zwar schon vor Eingang Ihres Schreibens — mit dem Generalsekretär Dr. Froehner hier eingefunden hatte, mitgeteilt, in einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitgeberbundes, die nach Eingang des Schreibens der Arbeiterverbände vom 6. September dieses Jahres stattgefunden habe, sei die Bewilligung einer weiteren Teuerungszulage einstimmig abgelehnt worden. Er habe deshalb den Arbeiterverbänden mitgeteilt, daß er unmittelbare Verhandlungen des Arbeitgeberbundes mit ihnen als zwecklos ablehnen müsse. Auch Verhandlungen unter Leitung des Reichsamts des Innern halte er nach der Stimmung unter den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes und der Stellungnahme seines geschäftsführenden Ausschusses für völlig aussichtslos, und würde dies, falls das Reichsamt des Innern zu solchen Verhandlungen einladen sollte, auch von vornherein erklären müssen. Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern zurzeit nicht in der Lage, zu einer gemeinsamen Verhandlung der Parteien über eine neue Teuerungszulage einzuladen.

Den Zentralverbänden der Zimmerer und der christlichen Bauarbeiter bitte ich hiervon Kenntnis zu geben.

Dr. Caspar,
Ministerialdirektor, Wirklicher Geheimer Rat.

Danach ist also die Lage jetzt so, daß der Arbeitgeberbund nichts zu einer Erhöhung der Teuerungszulagen tun will und die Regierung zurzeit nichts dazu tun kann. Die Vorstände der drei Arbeiterverbände werden sich noch vor Ende dieses Monats mit dieser Sachlage beschäftigen, und auch unser Verbandsbeirat wird Gelegenheit erhalten, hierzu Stellung zu nehmen.

Eine ablehnende Antwort hat übrigens auch der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen auf eine Eingabe unserer Königsberger Bezirksleitung gegeben. Da der jetzige Vertrag von Rechts wegen noch bis 31. März 1918 Gültigkeit habe, könnte er jetzt eine Revision der vereinbarten Lohnsätze nur vermitteln, wenn dies auch von den Arbeitgebern gewünscht würde. Auch der Mitteldeutsche Arbeitgeberbund in Frankfurt a. M. hat Verhandlungen zwecks Erhöhung der Teuerungszulagen abgelehnt. Er beruft sich ebenfalls auf den noch bis März 1918 geltenden Tarifvertrag.

Gibt es kein Halten mehr?

Die Preise für die Waren des täglichen Bedarfs haben heute eine Höhe erreicht, die Schwindel erregt. Ganz allmählich sind sie auf das Doppelte, das Dreifache, das Vier-, Fünf-, ja Tausendfache angewachsen. Und noch immer steigt die Welle. Es scheint kein Halten zu geben. Erschreckend hoch ist der Kartoffelpreis hinaufgeschraubt worden. ℳ 10 pro Zentner wird der Herbst- und Winterpreis sein. Zu dem Erzeugerpreis von ℳ 5 beziehungsweise ℳ 6 für den Zentner treten im Gegensatz zu dem Vorjahre allerlei Prämien für die schnelle Lieferung, für die Anfuhrt. Da der Handel mit Saatkartoffeln zugelassen ist, kann man gespannt sein, wie die Entwicklung sich weiterhin gestalten wird. Ohne Prophetengabe kann man jetzt schon vorhersagen, daß zum Frühjahr der Preis eine weitere Aufwärtsbewegung machen wird. Ja, es taucht die bange Frage auf, ob dann überhaupt noch Kartoffeln zu haben sind, trotz der guten Ernte. Wie der Kartoffelpreis, befinden sich alle andern Preise in der Aufwärtsbewegung, so für Brot, Butter, Milch. Die Fleischpreise werden bald nachfolgen. Die Eier haben erst eben einen gehörigen Ruck nach oben getan. Schlimmer als mit diesen rationierten Waren steht es mit Obst und Gemüse. Immer höher sind diese Preise geklettert. Trotz der enormen Höchstpreise herrscht das größte Chaos. An die Sortierung kehrt sich kein Mensch. Für den festgesetzten Preis der ersten Sorte von 65 ₰ erhält der Verbraucher das unmöglichste Gemisch angeboten. Noch toller ist es auf dem Gemüsemarkte. Die Preise balanzieren auf schwindelnden Firsten. Will der Verbraucher etwas haben, so ist er gezwungen, jeden Preis zu bezahlen, der ihm abverlangt wird. An Höchstpreise kehrt sich niemand. Die schwindelhafteste Entwicklung jedoch finden wir bei den sonstigen Waren. Man sehe sich das Voltigieren im Bekleidungsgewerbe einmal an. Von Woche zu Woche, von Monat zu Monat wird ein höherer Preisstand erklettert. Ebenso steht es mit den Haus- und Küchengeräten, von allen andern Geschäftszweigen ganz zu schweigen. Die Quelle dieser „Hochkonjunktur" ist bei den Erzeugern und Fabrikanten zu suchen. Während diese anscheinend geradezu souverän schalten und walten, ist den Kleinhändlern oft nur ein Verdienst von 10 pZt. eingeräumt. Natürlich kann bei den heutigen Verhältnissen kein Mensch davon sein Leben fristen, und die Folge ist, daß sie sich schadlos zu halten suchen, wo es eben geht. Die Lasttiere dieser Wucherwirtschaft sind natürlich die Verbraucher. Verlangen aber die Arbeiter höhere Löhne, dann regt sich die ganze Korona der Kriegsgewinnler darüber auf.

Gewerkschafter im Großen Hauptquartier.

I. K. Von dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften wird uns mitgeteilt: In den letzten Wochen wurden von mehreren stellvertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen, die geeignet sind, die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation einzuschränken und zum Teil völlig lahmzulegen. Diese Verordnungen gaben Veranlassung zu einer Eingabe an den Reichskanzler zu Verhandlungen mit ihm und zu der Interpellation, die am 10. Oktober im Reichstage verhandelt worden ist. Da von der Obersten Heeresleitung immer wieder darauf gedrängt worden ist, die Produktion für den Heeresbedarf in Deutschland zu erhöhen, während diese Verordnungen geeignet sind, die Produktivität einzuschränken, so hielten die Gewerkschaften es für zweckmäßig, ihre Bedenken gegen solche Maßnahmen der stellvertretenden Generalkommandos dem Großen Hauptquartier vorzulegen. Nachdem Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zur Besprechung der gleichen Angelegenheit im Großen Hauptquartier empfangen worden sind, haben am 12. Oktober die beiden Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien und Bauer, gleichfalls die Beschwerden der Gewerkschaftsorganisationen im Großen Hauptquartier vorgetragen. Nach einem kurzen Begrüßungsempfang durch den Generalfeldmarschall Hindenburg fand eine lange Verhandlung mit dem Generalquartiermeister Ludendorff statt. In dieser sind von den Gewerkschaftsvertretern in sachlicher Weise die Bedenken gegen die Verordnungen vorgetragen und ist auf die Rückwirkungen, die sie auf die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterschaft ausüben müssen, aufmerksam gemacht worden. Auf die Bemerkung, daß diese Verordnungen auf die Einwirkung des Großen Hauptquartiers zurückzuführen seien, erklärte Exzellenz Ludendorff, daß dieses durchaus nicht der Fall sei. Im Gegenteil, das Große Hauptquartier anerkenne die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen und habe den Wunsch, daß deren Arbeit ungestört fortgesetzt werde. Auf der andern Seite aber müsse man auch von der Arbeiterschaft erwarten, daß sie die schwere Zeit, die Deutschland in seiner Verteidigung gegenwärtig durchzumachen hat, zu würdigen verstehe und ihrerseits alles tue, um das, was das Heer braucht, mit Einsatz aller Kräfte herzustellen. Die Verhandlungen dürften den Erfolg haben, daß eine baldige Abstellung der berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft herbeigeführt wird. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Arbeiterschaft auch dann, wenn sie Anlaß hat, durch Arbeitsentstellung den Widerstand und das unsoziale Verhalten der Unternehmer zu überwinden, keine unüberlegten Schritte tut, sondern zunächst die Mithilfe der Gewerkschaften und der durch das Hilfsdienstgesetz eingerichteten Instanzen in Anspruch nimmt.

Isolierer und Steinholzleger.

Dresden. Zwischen den Inhabern der Isoliergeschäfte einerseits und dem Deutschen Bauarbeiterverband, Zweigverein Dresden, anderseits, wurde unter Mitwirkung des Deutschen Industrieschutzverbandes nach dreimaligem Verhandeln folgendes vereinbart: Die bestehenden Tarifverträge werden bis 30. Juni 1918 verlängert. Die Stundenlöhne bleiben in bisheriger Höhe bestehen. Die bisher gewährte Teuerungszulage von ℳ 1,50 für den geleisteten Arbeitstag wird erhöht, und zwar vom 1. Oktober 1917 an auf ℳ 2,50, vom 1. Januar 1918 an auf ℳ 3, vom 1. April 1918 an auf ℳ 3,50. Die Landzulage für Fernorte wird von ℳ 4 auf ℳ 5 erhöht. Für Fernorte, von denen der Arbeitnehmer täglich hin- und zurückreisen kann, also auswärts nicht zu übernachten braucht, bleibt die bisherige Auslösung von ℳ 4 für den Tag bestehen. Die Vorortzulagen in erster Zone von ℳ 1,25 und in zweiter Zone von ℳ 1,75 sowie alle übrigen Vereinbarungen vom 25. September 1916 erfahren keinerlei Veränderung.

Leipzig. Die Bewegung der Isolierer zur Erlangung einer weiteren Teuerungszulage kann als erledigt betrachtet werden. Die Bewegung erstreckte sich zunächst auf eine Arbeitsstelle bei Merseburg. Da die Unternehmer die Zahlung einer Teuerungszulage ablehnten, weil die Werkleitung nicht bereit sei, höhere Preise zu zahlen, beschlossen die Isolierer, die Forderung auf alle Leipziger Firmen und alle Arbeitsstellen auszudehnen. In Frage kamen sechs Geschäfte mit 59 Isolierern und Helfern. Davon waren 41 Mitglieder; drei Isolierer und Helfer gehörten andern Organisationen an und 15 waren unorganisiert. Auf die von uns eingereichte Forderung antworteten die Firmen Kleinecke, Rheinhold & Co. und Schulz & Jentzsch, daß sie mit den andern Firmen Rücksprache nehmen und uns dann Nachricht geben wollten. Die Firma Grünzweig & Hartmann (Filiale Leipzig), die uns mehrfach auf unsere Schreiben nicht geantwortet hatte, teilte uns — nachdem wir beim Hauptgeschäft Beschwerde erhoben hatten — mit, daß sie sich mit ihren Isolierern geeinigt habe. In welcher Form dieses geschehen war, konnten wir nicht feststellen. Die Firmen Krause und Stumpf gaben keine Antwort. Bei Stumpf sind die Arbeitswilligen vom vorjährigen Streik beschäftigt, so daß der Geschäftsführer Schröder ruhig erklären konnte, die Sache gehe ihn nichts an. Die Firma Krause hatte schon vor dem Kriege den Tarifvertrag der Isolierer nicht anerkannt. Es waren meistens unorganisierte Leute, die Krause einstellte und anlernte. Er zahlte deshalb stets bedeutend weniger als den Tariflohn. Unter diesen Verhältnissen war es unmöglich, die Unternehmer soweit zu bringen, den Isolierern und Helfern eine Teuerungszulage zu zahlen. Schließlich war die Uneinigkeit unter den Unternehmern die Ursache, daß die eine Firma die Forderung der Isolierer voll anerkannte, das heißt den Stundenlohn von 90 ₰ auf ℳ 1,10 und die tägliche Auslösung von ℳ 4 auf ℳ 5 erhöhte. Nun kam die Sache in Bewegung. Die Firmen Rheinhold & Co. und Schulz & Jentzsch bewilligten eine Zulage von 10 ₰ für die Stunde und erhöhten ebenfalls die tägliche Auslösung um ℳ 1. Bei der Firma Rheinhold waren aber auch Maurer mit beschäftigt, die vom Werk reklamiert und der Firma zur Verfügung gestellt waren. Diesen Maurern wollte die Firma zuerst keine Zulage zahlen, weil sie bereits einen höheren Lohn hatten als die bei andern Firmen beschäftigten Maurer. Schließlich mußte sie aber doch den Maurern, die schon lange bei der Firma waren, eine Zulage gewähren. Neben dem am Werk üblichen Tariflohn der Maurer zahlte die Firma noch ℳ 3 Auslösung für den Tag. Den Helfern, die einen Lohn von 83 bis 90 ₰ hatten, wurde ebenfalls eine Zulage gewährt, so daß der Lohn auf 90 ₰ bis ℳ 1 die Stunde stieg. Einige verheiratete Helfer bekamen noch eine tägliche Auslösung von ℳ 1,50 bis ℳ 3. Diese Zulagen wurden gewährt, ohne daß eine Verhandlung mit der Organisation stattgefunden hatte. Ja, die Unternehmer hielten es nicht einmal für notwendig, ihr Versprechen einzulösen und uns Mitteilung zu machen. Ob die Firma Krause den Isolierern eine Zulage gewährt, konnte nicht festgestellt werden, obwohl fast alle bei der

Firma beschäftigten Isolierer der Organisation angehören. Aber auch von den organisierten Isolierern der Firma Stumpf bekamen wir keine Mitteilung. Soweit uns mitgeteilt wurde, begnügen sich die Isolierer dieser Firma damit, daß sie jeden Tag viel Ueberstunden schreiben. Die Interesselosigkeit ist also unter den Isolierern sehr groß. Das geht auch am besten aus der Tatsache hervor, daß in einer von der Zweigvereinsleitung einberufenen Versammlung, in der zu den Verhältnissen bei den Firmen Krause und Stumpf Stellung genommen werden sollte, nur sechs Mitglieder anwesend waren — darunter kein Mitglied von den beiden Firmen —, so daß die Versammlung nicht abgehalten werden konnte. Es ist daher auch erklärlich, daß es die Unternehmer nicht für notwendig erachteten, die Teuerungszulage mit der Organisationsleitung zu vereinbaren und festzulegen. Und es ist auch erklärlich, daß die Isolierer mit der gezahlten Zulage einverstanden waren. Der Verlauf dieser Bewegung zeigt am besten, wie stark die Unternehmer sind, seitdem durch den Verrat mehrerer Isolierer der Tarifvertrag in die Brüche gegangen ist und ein Teil der Isolierer wegen ihrer Handlungsweise ausgeschlossen werden mußte. Die Isolierer haben aber gerade deshalb, weil die Unternehmer die Organisation ignorieren, die Pflicht, dahin zu wirken, daß die Organisation gestärkt wird und die Unternehmer zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages angehalten werden. Nach dem Kriege sind voraussichtlich auch für die Isolierer die günstigen Zeiten vorüber. Dann ist es aber doppelt notwendig, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch einen Tarifvertrag geregelt sind und auch die Arbeitsnachweisfrage geregelt ist. Darum, Ihr Isolierer, hinweg mit der Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit, und auf zur Werbearbeit für die wirtschaftliche Organisation!

Soziale Rechtsprechung.

rd. **Sind zur Arbeitsleistung beurlaubte Lazarettinsassen krankenversicherungspflichtig?** Eine Krankenkasse glaubte, die Versicherung von Lazarettinsassen, die eine Beschäftigung als Angestellte, Handwerker oder Arbeiter ausübten, ablehnen zu müssen, weil — so meinte sie — einmal das Risiko für die Kasse zu groß sei, ferner weil die Lazarettinsassen als Pfleglinge des Lazaretts ihrer Kontrolle entzogen seien, und schließlich, weil die Lazarettpfleglinge doch keine freien Arbeiter seien, die auf Grund eines freien Arbeitsvertrages beschäftigt werden. Das Versicherungsamt Karlsruhe hat alle diese Bedenken der Kasse nicht gelten lassen. „Es kann nicht verkannt werden," so wird in den Gründen ausgeführt, „daß das Risiko der Krankenkasse eine Steigerung durch die Versicherung von Kriegsbeschädigten erfährt; dies ist aber eine Folge des Krieges und muß in den Kauf genommen werden, um so mehr, als ja schon seit langem die Versicherungspflicht der beschränkt erwerbsfähigen Unfallbeschädigten besteht, ohne daß dadurch die Leistungsfähigkeit der Kassen beeinträchtigt worden wäre. Auch die Erschwerung der Kontrolle bildet keinen Grund, die Versicherung der zur Arbeitsleistung beurlaubten Kriegsbeschädigten abzulehnen. Wenn die Kasse auch vielleicht die Kontrolle diesen Mitgliedern gegenüber nicht in gewohnter Weise ausüben kann, so entsteht ihr hieraus doch kein Nachteil, weil die strenge Ordnung in den Lazaretten eine Kontrolle der Krankenkasse entbehrlich erscheinen läßt. Nun behauptet die Kasse weiter, die Lazarettinsassen seien keine freien Arbeiter, und in der Tat bringt die Natur des Miliärdienstes es mit sich, daß die Lazarettinsassen in mancher Beziehung in der Freiheit der Selbstbestimmung beschränkt sind. Aber es besteht kein Zwang zur Arbeit außerhalb des Lazaretts für sie. Die Freiheit, die als Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Reichsversicherungsordnung gilt, bezieht sich nur auf den Abschluß des Arbeitsvertrages. Derjenige gilt als Arbeiter im Sinne des § 165 der Reichsversicherungsordnung, der nach eigener freier Willensentschließung einen Arbeitsvertrag eingeht. In diesem Sinne ist der Lazarettinsasse freier Arbeiter. Will er eine Stelle annehmen, so tritt er als freier Arbeiter mit denselben Rechten und Pflichten wie jeder andere dem Arbeitgeber gegenüber; er kann das Beschäftigungsverhältnis auch jederzeit kündigen. Damit sind die Merkmale des freien Arbeitsvertrages gegeben. Der zur Arbeitsleistung beurlaubte Lazarettinsasse fällt somit unter § 165 der Reichsversicherungsordnung." (Versicherungsamt Karlsruhe, 30. Januar 1917.)

Die Berechtigung Unfallverletzter, Operationen abzulehnen. Eine Berufsgenossenschaft kann nach § 603 der Reichsversicherungsordnung jederzeit ein neues Heilverfahren eintreten lassen, wenn zu erwarten ist, daß es die Erwerbsfähigkeit des Unfallverletzten erhöht, die Kasse also entlastet. Unter „neuem Heilverfahren" ist aber keine ärztliche Operation zu verstehen. Der Unfallverletzte braucht sich deshalb einer solchen auch nicht unterziehen. Das Reichsversicherungsamt sagt dazu in einer Rekursentscheidung vom 25. Oktober 1916 (Aktenzeichen Ia 2928/15): Der von einem Abgeordneten bei Beratung der Reichsversicherungsordnung in der Reichstagskommission gestellte Antrag, dem Unfallverletzten die Verpflichtung zur Duldung auch tiefgreifender Eingriffe aufzuerlegen, sofern sie nur nach allgemeiner ärztlicher Erfahrung mit Lebensgefahr nicht verbunden sind, ist unter ausdrücklicher Billigung der Praxis des Reichsversicherungsamts und mit der Begründung abgelehnt worden, daß die bisherige Rechtsprechung einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen der Berufsgenossenschaften und der Verletzten schaffe, indem bei derartigen nachträglichen Eingriffen nach Abschluß des eigentlichen Heilverfahrens die Weigerung des Verletzten als berechtigt anerkannt worden sei. Der Kläger ist daher auch nach der Reichsversicherungsordnung zur Duldung der von der Beklagten angeordneten Operation nicht verpflichtet. Diese Rechtsprechung steht übrigens jedenfalls in vorliegender Sache mit der des Reichsgerichts über die Duldungspflicht von Operationen nicht in Widerspruch. Denn auch das Reichsgericht hat in der Entscheidung des Dritten Zivilsenats vom 27. Juni 1913 entschieden, daß alle Operationen, die im Gegensatze zu der bloßen örtlichen Unempfindlichmachung eine Chloroformnarkose erfordern, einem Verletzten nicht zugemutet werden können, weil bei ihnen ein tödlicher Ausgang nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sei. Diese Berechtigung, eigentliche Operationen abzulehnen, bildet, wie das Reichsversicherungsamt in einer Rekursentscheidung vom 15. Juni 1916 ausgesprochen hat, ein unantastbares persönliches Recht. Es kann daher dem Verletzten auch im Wege richterlicher Entscheidung nicht geschmälert werden.

Die „Grundstein"-Empfänger im Felde
werden gebeten, jede Adressenveränderung sofort der Stelle mitzuteilen, von der sie den „Grundstein" erhalten.

Genossenschaftliches.

Wiederinkraftsetzung der verfallenen Lebensversicherungen. Das neue Reichswirtschaftsamt, das beim Zusammentritt des Reichstages endgültig installiert werden wird, steht vor großen und wichtigen Aufgaben. Auf eine dringende Aufgabe müssen die neuen Herren aufmerksam gemacht werden: auf die baldige Erledigung des vom Reichstag einstimmig angenommenen Antrags, dafür zu sorgen, daß die infolge des Krieges eingestellten Lebensversicherungen ohne Nachteile der Versicherten nach Schluß des Krieges wieder in Kraft gesetzt werden können. Daß es sich dabei um wichtige Interessen handelt, geht daraus hervor, daß im Jahre 1916 allein bei der Volksversicherung vergütungslos verfallen sind bei der Gesellschaft „Friedrich Wilhelm" 42 349 Versicherungen mit M. 9 867 439, bei der „Victoria" 25 771 Versicherungen mit M. 7 805 820, bei der Hamburg-Mannheimer 17 803 Versicherungen mit M. 3 849 960 und bei der „Iduna" 10 807 Versicherungen mit M. 2 813 041 Versicherungssumme. Dabei handelt es sich meistens um kleine Leute und in den meisten Fällen wohl um Kriegsteilnehmer, bei den Gesellschaften dagegen um reiche, leistungsfähige Unternehmungen, die im Kriege glänzende Geschäfte machten.

Bücher und Schriften.

Der Neue-Welt-Kalender für 1918 ist erschienen. Er enthält außer dem Kalendarium und was dazu gehört wieder schöne Bilder, Erzählungen, Gedichte, Skizzen und wissenschaftliche Abhandlungen und wird den Beziehern sicher viel Freude machen. Der Preis beträgt wieder 50 ₰. Der Kalender ist, soweit er bei den örtlichen Parteibuchhandlungen nicht zu haben sein sollte, von der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg zu beziehen.

Die Chemie im täglichen Leben nennt sich ein Buch von Professor Dr. Lassar-Cohn, das 1916 in achter Auflage im Verlag von Leop. Voß in Leipzig erschienen ist und gebunden M. 4,80 kostet. Das Werk enthält zwölf gemeinverständliche Vorträge über Chemie (= Scheidekunst = die Lehre von der Zusammensetzung und den stofflichen Veränderungen der Körper). Als Anhang dient ein übersichtliches Sach- und Namensregister.

Ein Mann der Wissenschaft sucht hier den Laien in leichtfaßlicher Weise in die Geheimnisse der Chemie einzuführen. Das Buch, das mit 23 Abbildungen im Text versehen ist, bildet eine wahre Fundgrube des Anregenden und Wissenswerten. Es gibt kaum einen festen oder flüssigen Körper, sei es in der Luft, in und auf der Erde, einen Gegenstand des täglichen Lebens, Speise und Trank, Heizung und Kleidung, dessen Zusammensetzung in diesem Buche nicht erläutert wird. Mit dem Atmen des Menschen und der Zusammensetzung der Luft beginnt es. Von der Erhaltung der Körperwärme, von Fetten und Oelen, von Energien und Elementen, von den zahlreichen Ersatzmitteln der Kriegszeit, von der menschlichen Ernährung für Gesunde und Kranke, von der Beschaffenheit, Ertragfähigkeit und zweckmäßigen Düngung des Bodens, von der Zubereitung der Speisen, von der Feuerung mit Kohle, Gas und Elektrizität, von der Herstellung von wirklichem und Kunstleder, der Gewinnung und Aufbereitung von edlen und unedlen Metallen, vom Puddelprozeß und der Herstellung von künstlichen Edelsteinen, von Glas und Porzellan, vom Lichtbild, der Entwicklung der Negative, von Röntgenstrahlen und dem kostbaren Radium, von Münzen, Karbolsäure, Hoffmannstropfen, Jodoform und vielem andern lesen wir da.

Für uns Bauarbeiter gewinnt das Buch noch an Interesse, weil die Zusammensetzung der Baustoffe, mit denen wir täglich und stündlich schaffen, aber deren Bestandteile wir oft nicht kennen, anschaulich geschildert wird. Wir lesen da vom gewöhnlichen Stein im Flußbett, der, um ein Feuer gestellt, glühend wird und sich hernach, wenn ein Regentropfen darauf fällt, als Kalkstein verrät, dampft und zerfällt. „Wird Kalkstein geglüht," sagt der Verfasser, „so zerfällt er, wie wir wissen, in seine Bestandteile Aetzkalk und Kohlensäure. Der Aetzkalk ist eine Masse, die an Härte dem ungebrannten Kalk wenig nachgibt. Nur kommt ihm, wie erwähnt, die merkwürdige Eigenschaft zu, in Berührung mit Wasser sich völlig zu ändern und, so hart er in trockenem Zustand ist, unter dem Einfluß desselben völlig zu zerfallen. Der durch den Einfluß des Wassers auf den gebrannten Kalk erhaltene sogenannte gelöschte Kalk läßt sich dann mit Wasser zu einem Brei anrühren. Dieser stellt, mit Sand gemischt, den gewöhnlichen Mörtel dar. Er erhärtet zwischen den Ziegeln allmählich völlig, indem sein Kalkgehalt mit der Kohlensäure der Luft sich wieder zu kohlensaurem Kalk verbindet. Daher stammt der Gebrauch, brennende Kokskörbe in Neubauten aufzustellen. Es bildet sich auch kieselsaurer Kalk, dem eine außerordentliche Festigkeit zukommt. Und daraus erklärt sich die große Festigkeit sehr alter Ziegelbauten. Nicht die Alten haben so festen Mörtel gemacht, sondern das Alter." Wir werden unterrichtet über die Herstellung der Kalksandsteine, deren Tragfähigkeit, die Bestandteile des Zements, die verschiedenen Zementarten, ihre Härte in der Luft und im Wasser. Von Schamottezigeln hören wir und dem Einfluß des Feuers auf sie. Anschaulich berichtet der Verfasser vom Beton und den Ziegelsteinen. Es fehlt kein Baustoff in diesem Buch. Das Buch ist ein Nachschlagewerk und zugleich der Schlüssel in das geheimnisvolle Reich der Chemie. Ich greife immer gern danach, und wer sich nicht scheut, die M. 4,80 auszugeben, um es seiner eigenen Bücherei einzuverleiben, wird dies auch tun. In den Bibliotheken unserer Zweigvereine sollte es nicht fehlen.

Hans Wagner.

Briefkasten.

L. S. Gewiß ist die Krätze eine Hautkrankheit. Sie wird allerdings, wie Du ganz richtig gelesen hast, hervorgerufen durch einen Parasiten, die sogenannte Krätzmilbe, die sich in die Haut eingräbt und darin ihren Kot und ihre Eier ablegt. Die Parasiten legen in der Haut richtige Gänge an, die bis zu zwei Zentimeter lang sind. Die ausgeschlüpften Jungen graben ihre eigenen Gänge und vermehren sich dann weiter. Die Krätze ist nur durch Tötung der Milben durch entsprechende Behandlung der Haut zu kurieren. Am besten zieht man dabei einen Arzt zu Rate.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach ihrem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 ₰.)

Bautzen. Am 3. Oktober starb unser Mitglied **Joh. Schuster** (Maurer) aus Teichnitz im Alter von 64 Jahren an Herzschlag. — Am 5. Oktober starb unser Mitglied **August Paulusch** (Hilfsarbeiter) aus Seida im Alter von 55 Jahren an Tuberkulose.

Berlin. Am 8. Oktober starb unser Mitglied **Karl Liess** (Putzer) im Alter von 68 Jahren an Asthma.

Bielefeld. Am 7. Oktober starb unser Kollege **Paul Knappe** (Maurer) aus Gütersloh an Magenleiden.

Braunschweig. Am 12. Oktober starb unser langjähriges Mitglied **Joh. Luckmann** (Maurer) an Altersschwäche.

Breslau. Am 5. Oktober starb unser Mitglied **Karl Krocker** (Hilfsarbeiter) im Alter von 43 Jahren an Lungenentzündung. — Am 13. Oktober starb unser Mitglied **Karl Plache** (Hilfsarbeiter) im Alter von 58 Jahren an Magenleiden.

Dresden. Am 7. Oktober starb unser treues Mitglied **Bruno Fink** (Maurer) aus Zitzschewig im Alter von 40 Jahren an Lungenentzündung.

Elbing. Am 12. September starb unser langjähriges Mitglied **Eduard Schimohr** (Maurer) im Alter von 59 Jahren an Magenkrankheit.

Gommern. Am 8. Oktober starb unser treues Mitglied **Gustav Kappe** (Maurer) im Alter von 44 Jahren im Krankenhaus zu Dessau an Blutvergiftung.

Hamburg. Am 6. Oktober starb unser Mitglied **Fritz Schmidt** (Maurer) im Alter von 68 Jahren an Lungenentzündung. — Am 8. Oktober starb unser Mitglied **Fritz Ludwig** (Maurer) im Alter von 59 Jahren an Lungenleiden.

Kiel. Am 4. Oktober starb unser langjähriges Mitglied **Ferdinand Sell** (Hilfsarbeiter) im Alter von 63 Jahren an Herzschlag.

Mittweida. Am 8. Oktober starb unser Mitglied **Karl Uhlig** (Maurer) aus Gersdorf im Alter von 67 Jahren.

München. (Talkirchen.) Am 4. Oktober starb der Kollege **Ludw. Petzenhauser** (Hilfsarbeiter) im Alter von 50 Jahren an Oberschenkelbruch.

Parchim. Am 6. Oktober starb nach längerer Krankheit unser langjähriges Mitglied und Kassierer des Zweigvereins **August Prill** (Maurer) im Alter von 59 Jahren an Rippenfellentzündung und Herzschwäche.

Pirna. Am 5. Oktober starb der Kollege **Emil Philipp** (Maurer) aus Großgraupa im Alter von 49 Jahren an Lungenspitzenkatarrh.

Rathenow. Am 3. Oktober starb unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Kemnitz** (Maurer) an den Folgen eines Unfalles.

Riesa. Am 13. Oktober starb unser Mitglied **Emil Beger** (Hilfsarbeiter) aus Hirschstein im Alter von 52 Jahren an Lungenentzündung.

Saarbrücken. Am 30. September starb der Kollege **August Wilhelm** (Maurer) im Alter von 31 Jahren.

Wiesbaden. Am 22. September starb unser Mitglied **Andreas Schmidt** (Hilfsarbeiter) im Alter von 58 Jahren im Etappengebiet an Darmkatarrh.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungen.

Berlin 3. (Krankenkasse.) Sonntag, den 4. November, vormittags 10 Uhr, bei Kempin, Tilsiter Straße 85. Tagesordnung: Abrechnung vom dritten Quartal. Kassenangelegenheiten. Verschiedenes.

Berlin 4. (Krankenkasse.) Sonntag, den 28. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Mann, Hornstraße 2. Tagesordnung: Bericht vom dritten Quartal. Kassenangelegenheiten. Verschiedenes.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Paeplow). Verantwortlicher Redakteur: A. Ellinger. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg

mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln
gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 4102 49 4400 münster-roxel